

Vorbildlich!?

Der Rummenigge hatte es bei uns im Norden nie leicht. Der Gedanke allerdings, wer für Körperpflege Reklame machen kann, der taugt auch als Vorbild für die Impfkampagne, ist schon arg schlicht und zu leicht durchschaubar. Passt er doch so eindeutig in das – um sportlich zu bleiben – beinharte Agieren des Profitums.

Der Bremer Bürgermeister Bovenschulte hat Recht, wenn er eine andere Art von Vorbild anmahnt, nämlich darauf zu verzichten „an sportlich wertlosen Turnieren teilzunehmen und dafür um die halbe Welt zu reisen“. Er hätte weitere demoralisierende Ereignisse ergänzen können. So fahren in dieser Woche diverse Fußballmannschaften durch ganz Europa, um unter Aufgabe ihres Heimrechts Pokalspiele auszutragen. Dabei umgehen sie Quarantäneregeln, wie z.B. englische Mannschaften, die nicht so einfach die Grenze zur BRD überschreiten dürfen und deshalb gegen deutsche Teams in Ungarn spielen.

Was man von allen Bürger*innen erwartet, nämlich unnötige Reisen zu unterlassen oder bei unaufschiebbaren Ereignissen sich der Quarantäne zu unterwerfen, wird hier schlicht ignoriert. Also, Kalle, Vorbild und Fußball klappt im Moment nicht so richtig. Die Einschränkungen haben ihren Sinn und die Leute zu animieren, diese zu umgehen, liegt echt nicht im Interesse der Pandemiebekämpfung.

Nun kann man dem oben zitierten Bürgermeister entgegenhalten, er habe leichtes Spiel, da sein bestes Team nicht Gefahr läuft, in absehbarer Zeit bei sportlichen Wettbewerben die BRD verlassen zu müssen. Aber er hat ein eigenes Bundesland zu regieren und da wir gerade die Vorbildlichkeit zu fassen haben, prüfen wir diese vor der eigenen Haustür und erlauben uns Empfehlungen zur weiteren

Entwicklung dieses Maßstabes politischen Handelns in bremischer Sicht.

Empfehlungen zu einer entfalteten Vorbildlichkeit im Lande Bremen

1. Die Diskussion um die Abschlüsse

In einer unnormalen Situation gibt es kein normales Abitur, keinen normalen Abschluss nach der Sekundarstufe I. **Vorbildlich** wäre es, endlich mit dem Gerede vom „Corona-Jahrgang“ aufzuhören und den Druck auf die Beteiligten zu mindern. Die Anspannungen sind überall spürbar, die Anstrengungen ebenso, dieses Schuljahr nach bestem Können und den gegebenen Möglichkeiten durchzuführen. Die Akteure benötigen dazu jede verfügbare Unterstützung, jedoch keine weiteren Stressfaktoren.

2. Die Einbeziehung der Beteiligten

Jüngst haben sich die Schülervertretungen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven über den Umgang der Senatorin für Kinder und Bildung mit ihnen beklagt. Diese hatte sich bei der Verkündung von Festlegungen zum weiteren Fortgang der Beschulung auf ein Einvernehmen mit den Schüler*innen bezogen, welches diese bestreiten. Von unseren gewerkschaftlichen Funktionsträgern wissen wir um die Mühsamkeit, trotz guter Argumente und enger Verbundenheit mit der Praxis wirksam Einfluss auf Entscheidungen zu gewinnen. **Vorbildlich** wäre es gewesen, statt „Pseudokonsultationen“ zu führen zügig in eine kontinuierliche Abstimmung mit den Interessenvertretungen zu treten und tatsächlich geeinte und damit weitgehend von allen getragenen Maßnahmen umzusetzen. U.a. ist die Balance zwischen Präsenzunterricht und Homeschooling immer noch nicht gefunden!

3. Die Verfahren zur „Rettung“ des Schuljahres

Im Mittelpunkt des behördlichen Agierens stehen weiterhin die Prüfungen, nicht das Lernen, auch nicht die Unterstützung der „Zurückbleibenden“, vergleicht man die Absichtserklärungen mit den Realitäten. Als Hilfestellungen werden zwei Prüfungstermine für das Abitur angesehen, eine halbstündige Verlängerung des eigentlichen Prüfungstermins oder Nachhilfeangebote. **Vorbildlich** wäre gewesen, die gesamte Konstruktion von Schul- und Unterrichtsentwicklung auf den Prüfstand zu stellen. Wie eng ist eigentlich diese billige Orientierung auf die Prüfungen, auf deren vermeintliche Vergleichbarkeit und das damit verbundene Leistungsverständnis? **Vorbildlich** wäre es auch gewesen, sich vorab mit den Konsequenzen dieser Entscheidungen auseinanderzusetzen: Mehraufwand für Schüler*innen und Lehrkräfte sowie der Korrekturdruck seien beispielhaft genannt. Geboten bleibt, eine Entschlackung der Inhalte zu prüfen. **Top-Vorbildlich** wäre ein Vertrauen in die Kolleg*innen. Sie sollten über die Prüfungsinhalte entscheiden, zumindest aber Einblick in den Aufgabenpool für die Prüfungen erhalten.

4. Die gesellschaftspolitischen Folgen

In die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Gesellschaft ist die These einer „Schock-Strategie“ eingebracht worden. Kurz gesagt, wird damit die Position vertreten, dass „Schockerlebnisse“ von starken Mächten der Wirtschaft dazu genutzt werden, weitere Privatisierungen durchzusetzen. Corona als Schock, so der aktuelle Bezug, öffnet der Digitalisierung ungehindert Tür und Tor. Sicherlich gibt es weitere Deutungen hinsichtlich dessen, welche Entwicklung die Welt nimmt.

Vorbildlich wäre, dieses Thema der sich ändernden Gesellschaft behutsam, abwägend, aber in aller Ernsthaftigkeit in den Diskurs einzuspeisen. Dazu benötigt man allerdings ein

höheres Niveau als das der derzeit verbreiteten Plattheiten, wie „die Wirtschaft muss sich erst wieder erholen“. Dies jedoch ist nicht nur die Aufgabe einzelner Senator*innen. Der Bürgermeister ist wieder im Spiel, allerdings auch wir selber als Gewerkschaft. „Laufen lassen“ sollten wir die veränderte Realität nicht.

Vorbildlichkeit, das ist schon aus diesen vier Punkten herauszulesen, hängt eng damit zusammen, wie ernst eine demokratische Beteiligung tatsächlich genommen und welchen Stellenwert dieser beigemessen wird. Auch an dieser Stelle entscheidet sich in gewisser Weise die Zukunft.

Was nun den sportlichen Teil unseres Infos angeht, so sollten die Pay-TV-Gucker in Erwägung ziehen, ihre Verträge schlicht zu kündigen. Profisport, das hat die Seuche gezeigt, hängt am Tropf der privaten Fernsehsender. Deren Nutzung ist damit ein tatsächlicher Einflussfaktor. Vielleicht reicht ja die gute alte Sportschau zur Information über das Geschehen. Die öffentlich-rechtlichen Gebühren müssen sowieso alle bezahlen.

Sammlung 2020 zu Gunsten der Stiftung „Fair Childhood“ abgeschlossen

Mit insgesamt **2.025,02 €** erreichte der Stadtverband Bremerhaven sein bislang höchstes Ergebnis. Seit 2014 beteiligt er sich alljährlich an der Initiative des Hauptvorstandes der GEW, die Stiftung mit dem Ziel „Bildung statt Kinderarbeit“ zu unterstützen. Gefördert werden damit Projekte in verschiedenen Regionen der Welt.

Der Stadtverbandsvorstand dankt allen Betriebsgruppen und Einzelspender*innen für die großzügige Hilfe.